

Migration

Nr. 13



INFODIENST DER LANDESGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN MIGRANTENVERTRETUNGEN NRW

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Landtag Nordrhein-Westfalen debattiert zur Zeit intensiv ein Integrationskonzept für das Land. Dazu haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien geäußert oder Diskussionspapiere geschrieben und veröffentlicht. Die LAGA NRW begrüßt die Absicht des gesamten Landtages, ein Integrationskonzept zu verabschieden.

Es ist erfreulich, dass mehrere Parteien in ihren Diskussionen, die von der LAGA NRW herausgegebenen „Prüfsteine“ und auch die Bildungspolitik im Sinne des LAGA-Papiers „Integration konkret: Die Schulerfolge von Migranten verbessern“ berücksichtigen.

Gerade die Bildungspolitik ist der Schwerpunkt bei fast allen Parteien. Es wird anerkannt, dass Politik und Schulen verpflichtet sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich der Schulerfolg der Migranten spürbar verbessert. Hier bewegt sich etwas.

Allerdings sehen wir in der teilweise hitzig geführten Debatte um Neuzuwanderung die Interessen der bereits lange in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen etwas vernachlässigt. So wird die sprachliche Förderung zu stark auf die Neuzuwanderer zugeschnitten. Es bleiben zu wenig Angebote für die bereits länger hier lebenden Migranten.

Die Frage der Elternarbeit, der Sicherstellung der Elternmitwirkung im Rahmen des Schulmitwirkungsgesetzes wird kaum beachtet. Die SPD macht einige Vorschläge dazu, aber letztlich reichen sie nicht aus, um gezielt die Eltern in die Elternarbeit an den Schulen einzubeziehen.

Zur Frage eines Anti-Diskriminierungsgesetzes und der Umsetzung der entspre-

chenden EU-Richtlinie hält die LAGA NRW es für erforderlich, dass die einzurichtenden Antidiskriminierungsstellen unabhängige Einrichtungen sein werden, also

nicht in die Verwaltungen integriert sind, gleichwohl aber öffentlich gefördert werden.

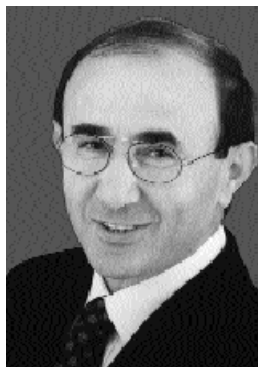
Die Diskussion um eine/n Ausländerbeauftragten für NRW, die aus der Forderung nach einem Staatssekretär für Migrationsfragen von Bündnis 90/Die Grünen entstanden ist, hält die LAGA NRW für überflüssig und schädlich.

Das Zusammenspiel von Landtagsausschuss für Migrationsangelegenheiten, Landeszentrum für Zuwanderung und LAGA NRW ist ein Fortschritt gegenüber dem „Ausländerbeauftragten“ im Bund und in verschiedenen Ländern. Dabei sieht sich die LAGA als Interessenvertreterin der Migrantinnen und Migranten in NRW. Eine Kompetenzbündelung innerhalb der Landesregierung sehe ich dagegen als wünschenswert an, das MASQT wäre für mich hier die richtige Stelle.

Zur Zeit stehen die Chancen nicht schlecht, dass viele der von der LAGA schon lange gestellten Forderungen von der Politik nun eingelöst werden. Unsere Arbeit hat sich gelohnt. Das ist Motivation für die Zukunft.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Tayfun Keltok



AUS DEM INHALT:

Integrationskonzepte in NRW. Landtag ringt um einheitliche Positionen

Das Grundgesetz ist multikulturell

Programme gegen Rechtsextremismus

Birgit Fischer stellt Sonderbericht vor: Gesundheit von Zuwanderern in NRW

Projekt Merhaba Bildungsprogramm als Reise in unentdeckte Subkultur Deutschlands

Impressum

Juni 2001

Integrationskonzepte für NRW

Landtag ringt um einheitliche Position in der Migrationspolitik. Dokumentation aus Diskussionspapieren.

Seit die deutsche Politik erkannt hat, dass die Bundesrepublik Deutschland Einwanderung braucht – auch wenn man Deutschland immer noch nicht als Einwanderungsland bezeichnen will – läuft eine zum Teil leidenschaftliche Debatte um die Integration der Migranten, die bereits im Land sind und die, die in den nächsten Jahren kommen werden. Integrationskonzepte werden gefordert und vorgestellt. Der nordrhein-westfälische Landtag – wie schon öfter in einer Vorreiterrolle in Sachen Migration – debattiert augenblicklich ein solches Konzept für NRW.

Wir dokumentieren aus den Diskussionspapieren der im Landtag vertretenen Parteien die Passagen zur Bildungspolitik, da sie für SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen den Schwerpunkt bilden. Die FDP-Fraktion hatte bei Redaktionsschluss kein eigenes Papier. Daher dokumentieren wir einen Diskussionsbeitrag der migrationspolitischen Sprecherin Dr. Ute Dreckmann aus dem Landtagsinfo „Landtag intern“. Interessant ist dabei, dass die FDP den Schwerpunkt auf andere Aspekte der Integration legt, die nicht weniger wichtig sind als die Bildungsfrage.

SPD

Schulbildung

Die SPD-Landtagsfraktion will Chancengleichheit für alle Kinder, die in NRW aufwachsen. Dies bedeutet vor allem, dass alle Kinder die schulische Förderung erhalten, die ihren individuellen Voraussetzungen entspricht. Zur Verbesserung der schulischen Integration wollen wir die biculturellen Fähigkeiten und die Zweisprachigkeit der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der schulischen Ausbildung fördern und bei den Entscheidungen über Versetzungen und Abschlüsse berücksichtigen. Hierbei hat die Elternarbeit – gerade auch mit den jungen Müttern – einen großen Stellenwert. (...)

Schließlich müssen auch bei der Einführung neuer Unterrichtskonzepte wie dem Englisch-Unterricht ab der dritten Klasse die Lernvoraussetzungen der Kinder mit Migrationshintergrund angemessene Berücksichtigung finden.

Im Ländervergleich der Schulabschlüsse von Migrantenkindern schneidet NRW hervorragend ab. Auf der anderen Seite verschweigen wir nicht, dass gleichwohl im Durchschnitt der Schulerfolg von Kindern Zugewanderter immer noch geringer ist als bei Kindern der aufnehmenden Gesellschaft. Gerade bei den Mädchen müssen neben den schulischen Bedingungen auch der persönliche und soziale Hintergrund Beachtung finden. So müssen Mädchen mehr Hilfestellungen durch Lehrer erfahren, um sich beim Sportunterricht, Klassenfeiern

und Schulausflügen beteiligen zu können. Schulische Angebote wie interkulturelle Schulclubs können hilfreich sein. (...)

Dazu tragen auch die mehr als 3.500 Lehrerstellen für Integrationshilfen und die rund 1.350 Lehrerstellen für muttersprachlichen Unterricht bei. Das nordrhein-westfälische Modell der islamischen Unterweisung findet bundesweit große Beachtung und Anerkennung. (...)

Wir stehen ein für die Anerkennung der Muttersprache als weitere Fremdsprache in den Sekundarstufen I und II. Wir werden die erforderlichen Voraussetzungen schaffen, für einen deutschsprachigen Islamunterricht als ordentliches Lehrfach und setzen uns ein für eine grundständige Lehrerbildung. (...)

Das RAA-Netz werden wir ausbauen und damit die kommunalen Bildungsstrukturen stärken. Wir werden gezielt junge Menschen aus Zuwandererfamilien für den Lehrerberuf werben. Die Lehrerbildung werden wir hinsichtlich der Ausbildungsmodule interkulturelle Kompetenz, Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache und Islamkunde optimieren. Schulangebote für Kinder aus Asylbewerberfamilien werden wir einführen. (...)

Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Verbesserung der Präventions- und Integrationsbemühungen im Übergang von der Schule in den Beruf. Grundlegend hierfür ist die gezielte Förderung von Jugendlichen mit schulischen Problemen wie z.B. der sog. schulumüden Jugendlichen. Voraussetzung für eine erfolgreiche Förderung ist ein enges Zusammenwirken zwischen Jugendhilfe und Schule. Die entsprechenden Programme werden wir fortsetzen und intensivieren.

CDU

Sprachkompetenz

Der Weg zu einer erfolgreichen Integration kann nur über die deutsche Sprache führen. Sprachkompetenz entscheidet langfristig über Erfolg oder Misserfolg unserer ausländischen Mitbürger in Ausbildung und Beruf und über ihre Fähigkeit zur Teilnahme am öffentlichen Leben. Das Erlernen der deutschen Sprache ist unumgängliche Verpflichtung für die Zugewanderten. Nur so sind auch die in der Mehrsprachigkeit liegenden Chancen zu erkennen, zu fördern und zu nutzen.

Schule und Bildung

(...) Wir müssen unter Einbeziehung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen für eine breite Grundausbildung deutscher und dauerhaft hier lebender ausländischer Kinder sorgen.

Dazu ist es notwendig, Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, personell und finanziell besser auszustatten. Kinder mit mäßigen Deutschkenntnissen haben sonst kaum eine Chance, ihre Fähigkeiten im Unterricht zu entfalten und gute Leistungen zu erbringen. (...) Insbesondere die Grund- und Hauptschulen sowie die Berufskollegs, die eine wichtige Integrationsaufgabe übernehmen, müssen in ihrem Bildungsauftrag gestärkt werden.

Das Konzept des muttersprachlichen Unterrichts hat die Integration nicht ent-

scheidend nach vorne gebracht. Vorrangiges Ziel muss es sein, Kinder in beiden Sprachen zu fördern.

Islamischer Religionsunterricht

Muslime bilden die größte nicht-christliche Religionsgemeinschaft in Deutschland. (...) Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens haben ein Recht auf Religionsunterricht, denn die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses ist ein Grundrecht. Zur Ausübung der Religionsfreiheit gehört, dass der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an Schulen in NRW unterrichtet werden muss.

Ausbildung und Arbeit

Ausländische Mitbürger werden über den Arbeitsplatz in unsere Gesellschaft integriert. Die hohe Ausländerarbeitslosigkeit ist ein Integrationshemmnis ersten Ranges. Dies gilt insbesondere für die Jugendarbeitslosigkeit. (...)

Die Chancen der auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Jugendlichen im Ausbildungssystem müssen gezielt verbessert werden. Dabei sind auch alle neuen Möglichkeiten einzubeziehen, die sich aus der Globalisierung der Märkte ergeben. Mehrsprachigkeit ist mehr denn je Bestandteil beruflicher Qualifikation. Neue Technologien und Berufsbilder können deshalb gerade auch neue Chancen für Jugendliche ausländischer Herkunft sein.

halb, die Arbeitserlaubnispflicht abzuschaffen. Die Vorrangregelung für Deutsche und andere bevorrechtigte Arbeitslose soll gestrichen werden. Offene Arbeitsstellen könnten so besetzt und die Sozialkassen entlastet werden.

Für alle in Deutschland lebenden Ausländer – inklusive Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge – will die FDP einen einheitlichen Aufenthaltsstatus einführen. Die Schulpflicht soll auch für Kinder der Asylbewerber und Flüchtlinge gelten. Bisher haben sie nur ein Schulrecht. Es ist nicht hinnehmbar, dass in unserem Land Analphabeten heranwachsen ohne jede berufliche Perspektive. Es ist nie voraussehbar, wie lange der Aufenthalt in Deutschland dauert.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Integration ist die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb fordert die FDP das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer, die mehr als fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland leben. An die Stelle der Ausländerbeiräte in den Städten müssen Migrationsausschüsse mit Entscheidungskompetenz treten (Solinger Modell).

Ein flächendeckendes Angebot an kostenlosen Deutschkursen soll gezielt zum Erlernen der deutschen Sprache auffordern. Diese Kurse sollen auch Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen offen stehen. Sanktionen für Lernunwillige sind nur sinnvoll, wenn das Sprachdefizit – zum Beispiel bei Arbeitslosen – der beruflichen Integration im Wege steht.

hintergrund wird sich nicht ... von selbst lösen. Dies gilt vor allem in den Fällen, wo Migration aufgrund direkter Diskriminierung und vielfältiger rechtlicher, sozialer und kultureller Benachteiligungen sich mit Armut paart. (...) Es geht nicht an, dass wir weiterhin Bildungspotenziale von hier eingewanderten sowie hier geborenen Kindern und Jugendlichen brachliegen und verkümmern lassen. (...)

Interkulturelle Erziehung meint die Vorbereitung aller Kinder und Jugendlichen auf ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft. Sie soll zu gegenseitigem Verständnis befähigen und dazu, Unterschiede zu erkennen und zu akzeptieren. Interkulturelle Erziehung verhilft Kindern und Jugendlichen dazu, ihre Erfahrungen zu verarbeiten und mit alltäglichen Widersprüchen umzugehen. Interkulturelle Erziehung will Kindern und Jugendlichen jeder Herkunft das Gefühl vermitteln, angenommen zu werden und Teil einer Gemeinschaft zu sein. (...)

Die interkulturelle Schule wird die Regelschule der Zukunft sein. Dies gilt insbesondere für NRW, einem Land mit dem bundesweit größten Anteil von MigrantInnen.

Die interkulturelle Schule mit einer internationalen Schülerschaft braucht auch Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Trend ebenfalls repräsentieren, über interkulturelle Kompetenz verfügen und realistischen Einblick in die Lebenswelt ihrer Schülerinnen und Schüler haben.

Mehrsprachigkeit als Chance fördern

Als in den 70er und 80er Jahren der „Muttersprachliche Ergänzungsunterricht“ eingeführt wurde, war er ausgerichtet an der Erwartungshaltung, dass viele MigrantInnen, die als „Gastarbeiter“ in unser Land gekommen waren, in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden. (...)

Heute diskutieren wir die Sinnhaftigkeit eines herkunftssprachlichen Unterrichts daher unter veränderter Prämisse: Wir sehen darin eine Chance für MigrantInnenkinder, durch die gezielte Nutzung der ohnehin vorhandenen Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit eine Zusatzqualifikation zu fördern, die im späteren Berufsleben von Vorteil sein kann. Die Förderung der Muttersprache resultiert auch in der Erkenntnis, dass dies Voraussetzung für weiteren Spracherwerb ist.



Beitrag von Dr. Ute Dreckmann in „Landtag intern“

Nordrhein-Westfalen braucht dringend ein Integrationskonzept. Denn die Gleichbehandlung vor dem Gesetz und Chancengleichheit aller in Deutschland lebender Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion, ist der Grundstein einer demokratischen Gesellschaft. Sprachkompetenz ist der wichtigste Schlüssel zur Integration, aber nicht das alleinige Mittel.

Wer rechtmäßig in NRW lebt, soll auch hier arbeiten dürfen, und zwar ohne Wartefrist. Die FDP fordert des-



Schule: Chancengleichheit schaffen

Schon heute kommen über 20 % aller SchülerInnen in NRW aus zugewanderten Familien. Durch den Anteil von Kindern aus MigrantInnen-, AussiedlerInnen- und binationalen Familien bei den Geburten der letzten Jahre wird in Zukunft jedes dritte Kind, das in NRW einen Kindergarten oder die Schule besucht, einen Migrationshintergrund haben. Die Zukunft unseres Landes ist multikulturell. (...)

Die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrations-

Das Grundgesetz ist multikulturell

**Interview mit Dieter Oberndörfer,
Direktor des Seminars für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg**

In Deutschland wird landauf, landab über Einwanderung und Integration diskutiert. Neben der Forderung, Deutsch zu lernen, verlangen manche von den Migranten auch eine kulturelle Anpassung. Gibt es eine „deutsche Leitkultur“?

Im Sinne einer Kultur, die einen höheren Stellenwert hat als andere, gibt es sie nicht. Ganz im Gegenteil, das deutsche Grundgesetz schützt durch Grundrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit die individuelle Freiheit der Kultur und somit zugleich kulturelle gesellschaftliche Dynamik. Wenn man so will: Das Grundgesetz fördert kulturellen Pluralismus oder Multikulturalität.

Folgt daraus, dass es keine verbindlichen Kriterien für die Integration von Migranten geben kann?

Natürlich müssen sich alle in Deutschland lebenden Menschen an Recht und Gesetze halten. Auch der sichere Umgang mit der deutschen Sprache ist von Vorteil für Migranten. Das sind aber Selbstverständlichkeiten und nichts spezifisch Deutsches. Was manche nicht wahr haben wollen: „Die“ oder „eine“ für alle verbindlich definierte deutsche Kultur darf es in einem republikanischen Verfassungsstaat nicht geben.



Dennoch sprechen viele Politiker jetzt wieder von Verpflichtungen und Sanktionen, wenn Migranten nicht an Deutschkursen teilnehmen u.ä.

Das ist eine unehrliche Diskussion, die vor allem die Ressentiments nährt. Dabei wird so getan, als könnten nur die wenigsten Migranten Deutsch oder als seien sie lernunwillig. Ich meine, dass die Politik gefordert ist, flächendeckende Angebote und sinnvolle Anreize zu schaffen, wie die Möglichkeit in kürzerer Zeit einen gesicherten Aufenthaltsstatus zu bekommen. Aber weitgehende kulturelle Assimilation zu verlangen, ist nicht nur illusorisch, sondern schlicht verfassungswidrig.

Herkunftssprache als Fremdsprache –

Prüfungen erhöhen Chancengleichheit für Schüler aus Migrantenfamilien

4876 Schüler aus Migrantenfamilien legten im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen erfolgreich eine Sprachprüfung ab. Mit dem Bestehen der Prüfung wird diese Sprache anstelle einer Pflicht- oder Wahlpflichtfremdsprache

anerkannt, so dass auch diese Jugendlichen bestimmte Schulabschlüsse und Berechtigungen erreichen können. Prüfungen gab es in insgesamt 39 verschiedenen Sprachen. Neben den gängigeren Sprachen wie Türkisch und Russisch konnten auch Prüfungen in Tigrigna (Äthiopien), Mongolisch und Vietnamesisch abgelegt werden.

Die Sprachprüfung bewertet sprachliche Fähigkeiten, die die ausländischen Schüler in der Familie oder in der Schule des Herkunftslandes erworben haben.

Sie umfasst einen schriftlichen und einen mündlichen Teil. Die Anforderungen, Inhalte und Verfahren orientieren sich am Fremdsprachenunterricht. An der Prüfung kann teilnehmen, wer erst im Verlauf der Sekundarstufe I oder zu Beginn der Sekundarstufe II in die deutsche Schule aufgenommen worden ist und nicht mit Aussicht auf Erfolg am Fremdsprachenunterricht der Schule teilnehmen konnte.

Informationsblatt: Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung, Düsseldorf



Foto: arbeitertografie

Ausstiegsprogramm für Rechtsextremisten

Behrens warnt vor leichtsinniger Verharmlosung des Problems

Bei der Vorstellung eines Ausstiegsprogramms für rechtsextreme Mitläufer und Jugendliche warnte NRW-Innenminister Behrens davor, den Rechtsextremismus ausschließlich als ein vorübergehendes Problem Jugendlicher zu verharmlosen. „Wir dürfen nicht übersehen, dass rechtsextremistische Gewalt vor allem da möglich ist, wo geistige Brandstifter und klammheimliche Zustimmung aus der Mitte der Gesellschaft den Nährboden bereiten.“

Die im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 74,1 % von 1.277 auf 2.223 Fälle gestiegene Anzahl rechtsextremistischer oder fremdenfeindlicher Straftaten sind der Grund für die warnenden Worte des Ministers. Zugleich sieht er eine Tendenz zum Besseren. Bereits seit August 2000 nahm die Zahl der Zwischenfälle und Straftaten rapide ab. „Einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung hat das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus geleistet.“ meint Behrens.

So habe die Polizei seit August 2000 schon über 950 Angehörige der rechts-extremen Szene zu Hause aufgesucht und ihnen klar gemacht, dass sie beobachtet werden. Zusätzliche Wirkung verspricht sich der Innenminister vom Ausstiegsprogramm der Landesregierung. Behrens erläutert: „Wir werden die Instrumente des Bundes zur Herauslösung von Führungskadern um Angebote für Mitläufer und Jugendliche auf der Schwelle zum Rechtsextremismus ergänzen. Dazu können beispielsweise Hilfestellungen wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Ausbildungsangebote, Resozialisierungskonzepte oder Strafvollzugsbetreuung gehören.“

Außerdem wies der Minister darauf hin, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus eine Aufgabe aller Demokraten sei. Ideen und Aktivitäten dazu können auf der Internetseite www.nrwgegenrechts.de publik gemacht werden. Ausländerbeiräte, die ihre Aktivitäten dort vorstellen möchten, finden über die genannte Homepage den notwendigen Kontakt.

Task Force gegen Rechts

Neues Projekt des Bündnis für Toleranz und Zivilcourage

Ergänzend zu dem Programm des Innenministeriums wird von der Staatskanzlei im Auftrag des von Ministerpräsident Wolfgang Clement ins Leben berufenen Bündnis für Toleranz und Zivilcourage eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle eingerichtet. Auftrag dieser unter dem Arbeitsbegriff „Task Force“ laufenden Initiative ist es, ein Netzwerk aufzubauen, das erstmals möglichst umfassend vorhandene Daten, Informationen, Adressen von Anlauf- und Kontaktstellen, Ansprechpartner und Hilfsorganisationen sammelt, systematisiert und abrufbar in einer Datenbank speichert. So sollen Bürger, die sich en-

gagieren möchten oder einfach nur Rat suchen, schnell Ansprechpartner finden können.

Informationen aus den Ausländerbeiräten sind elektronisch an die Staatskanzlei zu richten.

E-Mail: frederike.schumacher@stk.nrw.de

Bund hilft Opfern rechts-extremistischer Gewalt

Zehn Millionen Mark für Entschädigungszahlungen

Wer von rechten Gewalttätern verletzt, bedroht oder beleidigt wurde, kann ab sofort beim Generalbundesanwalt eine Entschädigung beantragen. Die Bundesregierung stellt hierzu im Haushalt des Bundesjustizministeriums erstmals 10 Mio. DM zur Zahlung von Härteleistungen an Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten zur Verfügung.

Die Entschädigung für Körperverletzungen und Verletzungen des Persönlichkeitsrechts gilt rückwirkend bis Anfang 1999. Auch Opfern besonders schwerer Gewalttaten aus der Zeit davor soll in Ausnahmefällen geholfen werden.

Mit diesem Programm, so Justizministerin Herta Däubler-Gmelin solle ein „menschliches und politisches Zeichen“ gesetzt werden. Insbesondere, weil die Opfer, die durchaus Ansprüche an die Täter selber haben, von diesen oft nicht viel erwarten könnten. Hier springt nun der Bund ein.

Die LAGA begrüßt das Programm und fordert ihre Mitgliedsbeiräte auf, über dieses Programm in den Städten und Gemeinden zu informieren.

Infos unter: www.bmj.bund.de

Orient inside 16. Kemnade International

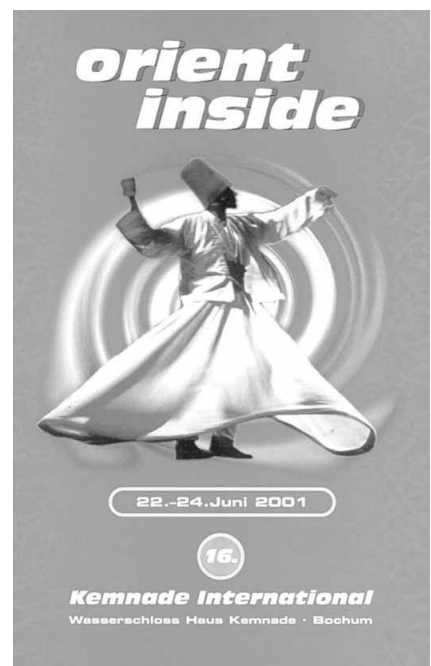
Nachdem es im vergangenen Jahr erhebliche Schwierigkeiten gab und die Kemnade sogar ausfallen musste, weil die notwendige finanzielle Unterstützung fehlte, findet das inzwischen anerkannte internationale Musikfestival wieder statt.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Kemnade steht die kulturelle Begegnung mit dem Orient, mit der „elektrisierenden Vielfalt seiner Moderne, dem profunden

Reichtum seiner Tradition“, so die Veranstalter. Dreh- und Angelpunkt ist die türkische Gemeinde des Ruhrgebietes. Sie gehört zu den größten Westeuropas. Hier mehr als irgendwo sonst schlägt das Herz des türkischen Deutschland.

Dem Dialog der Kulturen verpflichtet, präsentiert die 16. Kemnade International insgesamt 30 namhafte Formationen orientalischer Herkunft. Den Schwerpunkt bilden Künstler aus der Türkei und der vitalen türkischen Musikszene Nordrhein-Westfalens.

Außerdem vermittelt die Zukunftswerkstatt des Festivals in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk



des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Rahmen einer Fachtagung Eindrücke aus der türkisch-deutschen Kulturlandschaft. Diskussion und Konferenzen – etwa zur türkisch-deutschen Musikwelt mit Dr. Martin Grewe – laden dazu ebenso ein wie Workshops, in denen man zum Beispiel etwas über Gnawa-Musik und den Drehtanz der Derwische erfährt.

Abgerundet wird das Programm durch einen orientalischen Basar inmitten des idyllischen Natur- und Wasserschutzgebietes des Ruhrtales auf der Wasserburg Kemnade.

Kemnade International:

22. bis 24. Juni 2001

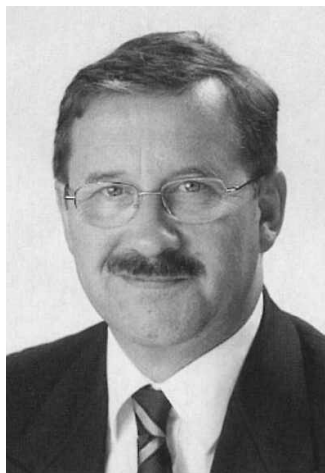
Tickets: 8,- DM Tageskarte; 16,- DM Festivalkarte

Tickethotline: 0234/910 19 55 oder email: amt41@bochum.de

Zuwanderung und Integration in NRW

Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe

Unter Federführung des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie hat eine sogenannte Interministerielle Arbeitsgruppe „Zuwanderung“ den zweiten Zuwanderungsbericht der Landesregierung NRW vorgelegt. Der Bericht, der in übersichtlicher Form viele Strukturdaten liefert, zeigt sowohl die Chancen wie auch die Probleme der Migration auf. Insbesondere die nach wie vor schlechteren Chancen im Bildungswesen und auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt für jugendliche Migranten, werden hervor gehoben. Sozialminister Harald Schartau: „Obwohl sich die Qualifikation der ausländischen Erwerbsbevölkerung positiv entwickelt hat und obwohl der Anteil der an- und ungelernten Arbeiter zurück gegangen ist, bleibt die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch. Hier setzen neue Qualifizierungsinhalte an, die die Landesregierung initiiert. Neben der Sprachförderung sollen soziale und berufliche Orientierungsangebote dazu



Minister
Harald
Schartau

beitragen, Ausländerinnen und Ausländern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.“ Zugleich weist der Minister darauf hin, dass etwa die günstige Altersstruktur der Migranten ein wichtiges Potenzial für die Zukunft darstelle, dass es zu nutzen gelte. Schartau: „Dieses Potenzial kann aber nur genutzt werden, wenn die jungen Zuwanderer gleichberechtigt an Bildung und Ausbildung teilhaben können. Hier können wir bereits sichtbare Erfolge in Kindergarten und Schule verzeichnen – Erfolge, die nicht allein Konsequenz unserer ent-

schiedenen Integrationspolitik sind, sondern auch Ausdruck der beachtlichen Anstrengungen der Kinder und ihrer Familien.“

Bezug: Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifizierung und Technologie, Fax: 0211/8618-44 44 oder 8618-43 97

Politisch zulegen in Essen

Ausländerbeirat stellt sich vor

„Eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik ist verpflichtet, nach Wegen zu suchen und Hilfen anzubieten für ein Zusammenleben in gemeinsamer Verantwortung für unsere Stadt.“ heißt es im Vorwort zu der Broschüre „Politische Mitwirkung von Zuwanderern in Essen“, die der dortige Ausländerbeirat zusammen mit der Stadt Essen herausgebracht hat. Darin werden nicht nur die Mitglieder des Beirates vorgestellt, sondern vor allen Dingen die Bedeutung der Migration für eine Großstadt wie Essen dargestellt. So beginnt man mit einem kurzen Abriss über die Zuwanderung in die Ruhrstadt. Es folgen eine ausführliche Vorstellung des Ausländerbeirats und seiner politischen Schwerpunkte sowie zum Abschluss eine Übersicht über 25 Jahre Ausländerbeiratsarbeit in Essen. Die übersichtlich gestaltete Broschüre richtet sich dabei keineswegs nur an Migranten, sondern will insbesondere der Mehrheitsbevölkerung die Beiratsarbeit nahe bringen und so für Verständnis für eine aktive Migrationspolitik werben. Ein wichtiger Schritt, um politisch an Gewicht zuzulegen in Essen.

*Bezug und Informationen:
Geschäftsführung des Ausländerbeirats,
Tel. 0201/8328-509, Fax 0201/83 28-555,
Mail: info@auslaenderbeirat.essen.de*

Rechtsextremismus und Gewalt

Repräsentativumfrage bei Jugendlichen ergibt rigide Einstellungen zu Migranten

Eine im Auftrag des nordrhein-westfälischen Jugendministeriums erstellte Jugendstudie zeichnet ein differenziertes Bild der jungen Menschen im Land. Während eine überwältigende Mehrheit – nämlich 80 Prozent – der Jugendlichen Gewalt ablehnt bzw. Gewalt für prinzi-

piell nicht akzeptabel hält, wächst doch der Anteil derer, die autoritäre politische Einstellungen vertreten. So sind 70 Prozent der Befragten der Auffassung, dass „nur wer etwas leistet, auch etwas verdient“. In einer Zusammenfassung der Ergebnisse sagen die Autoren: „Die bereits 1993 konstatierte Befürwortung autoritärer Ordnungsvorstellungen hat noch zugenommen: Mittlerweile sind über 60 % der Jugendlichen der Meinung, dass nur einer, der durchgreift und eine starke Partei im Rücken hat, es schaffen kann, die gegenwärtigen Probleme in den Griff zu kriegen bzw. dass „Deutschland eine starke Hand“ brauche.“

Auch in Bezug auf Migranten kommt die Studie zu einer ansteigenden Tendenz latenter Ausländerfeindlichkeit. Der rechtsradikalen Forderung „Ausländer raus – Deutschland den Deutschen“ schließen sich mittlerweile 14 Prozent der Jugendlichen an. Andererseits sagen 85 Prozent, sie hätten nichts gegen „Ausländer, die hier arbeiten und Steuern zahlen“. Aber zehn Prozent mehr als noch 1993 sind der Ansicht, Migranten müssten sich „mehr anpassen“. Die Ansicht, Migranten „provokieren durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit“ wird von der Hälfte der jungen Männer vertreten. Die Ergebnisse zeigen, dass gezielte Aufklärungsarbeit insbesondere in Schulen weiterhin notwendig ist.

Bezug: Mail: info@mail.mfjfg.nrw.de

Interkultureller Stadtführer

Nachahmenswertes Projekt aus Gelsenkirchen

Eine außergewöhnliche Publikation hat die Stadt Gelsenkirchen jetzt herausgebracht: Unter dem Titel „Gelsenkirchen – eine Stadt mit vielen Gesichtern“ wurde ein interkultureller Stadtführer veröffentlicht. Wo üblicherweise Museen, Denkmäler und andere Sehenswürdigkeiten im Mittelpunkt stehen, finden sich in diesem Führer Portraits von Menschen unterschiedlichster Herkunft. In kurzen Beiträgen wird erläutert, wie sie ihren Weg in das Ruhrgebiet gefunden haben. Außerdem enthält der Interkulturelle Stadtführer Adressen und Hinweise auf Vereine, Selbsthilfeorganisationen für Migranten, Geschäfte, Kneipen und Restaurants, die von Migranten

gegründet wurden. Für den Gelsenkirchener Oberbürgermeister Oliver Wittke wird so die „Kulturvielfalt in ihren Wessenzügen dargestellt. Darüber hinaus“, so das Stadtoberhaupt, „kann dieser Führer mit seinem positiven ‚lokalpatriotischen‘ Unterton eine ‚Binnenwirkung‘ für die Stadt erzeugen und die Einwohnerinnen und Einwohner dazu motivieren, mit Interesse und Stolz in die eigene Stadt zu schauen.“

Bezug: Stadt Gelsenkirchen, Sozialamt – Koordinierungsstelle für deutsche und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger



Birgit Fischer stellt Sonderbericht vor

Gesundheit von Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen

Erstmals legt ein deutsches Bundesland einen gesonderten Bericht zur Gesundheit von Zuwanderern vor. Die zuständige Gesundheitsministerin Birgit Fischer hatte das „Wissenschaftliche Institut der Ärzte Deutschlands“ mit der Datenerhebung und Auswertung beauftragt. Herausgekommen ist ein umfangreicher Bericht, der sowohl den allgemeinen Gesundheitszustand der Migranten, wie auch die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und die Beschäftigung von Zuwanderern im Gesundheitswesen beleuchtet.

Gleich im Vorwort weist Ministerin Fischer darauf hin, „dass es in vielen Bereichen deutliche Unterschiede im Bezug auf Krankheit und Gesundheit als auch

bei der Inanspruchnahme von gesundheitsbezogenen Leistungen durch Migranten im Vergleich zur deutschen Bevölkerung gibt.“ Besondere Berücksichtigung von Migranteninteressen auch im Gesundheitswesen tut Not. Der Bericht des Ministeriums bietet eine gute Grundlage für die fällige Debatte.

Bezug: info@mail.mfjfg.nrw.de

Dokumentation zum Islam

Bonner Seminarreihe jetzt dokumentiert

Das Referat für Multikulturelles der Bundesstadt Bonn hat die 2. überarbeitete Auflage der Dokumentation „Migrationsarbeit und Islam als Sozialisationsfaktor“ fertiggestellt.

Die Dokumentation der gleichnamigen Seminarreihe bildet einen wesentlichen Baustein des Aus- und Fortbildungsprogramms vom Referat für Multikulturelles und hat als Ziel die Vermittlung von sozialer und interkultureller Handlungskompetenz.

Inhalt der Dokumentation, die das Ergebnis der wegen der hohen Nachfrage mehrfach wiederholten Seminarreihe des Referats für Multikulturelles festhält und grundlegende Informationen zum Islam und muslimischen Migranten gibt, kann ab sofort bestellt werden.

Bezug:

*Referat für Multikulturelles,
Budapester Str. 17, 53111 Bonn,*

Tel.: 0228/77 26 40

Mail: rosa-maria.wahlen@bonn.de

Wie Kinder sprechen lernen

NRW-Jugendministerium veröffentlicht umfangreiche Info-Broschüre

„Das war längst überfällig.“ lobt LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltok die Initiative des nordrhein-westfälischen Jugendministeriums. In einem rund 140 Seitenstarken Buch haben Pädagogen und Sprachwissenschaftler dargestellt, wie Kinder Sprache erwerben und wie man insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund so fördern kann, dass sie neben ihrer Muttersprache schon frühzeitig die deutsche Sprache erlernen.

Die Broschüre stellt die Ergebnisse einer Versuchsreihe vor und gibt Eltern und Erziehern wichtige Hinweise, wie sie Kleinkinder beim Spracherwerb gut fördern können. Eingang findet auch die von der LAGA schon länger geforderte Einbeziehung der Eltern – insbesondere der Mütter – in diesen Prozess, z.B. durch regelmäßige Besprechungen mit ihnen.

Die vielen Beispiele aus der Praxis geben auch den Ausländerbeiräten wichtige Hinweise für ihre Arbeit. Vieles könnte Eingang in den Alltag der Kindergärten finden, wenn es erst einmal bekannt ist.

Ergänzend zu der Broschüre ist auch ein Faltblatt erstellt worden, das über die Bedeutung des Kindergartens für kleine Kinder aufklärt. Das Faltblatt ist zweisprachig jeweils in deutsch und türkisch, italienisch oder russisch erhältlich. Es soll Eltern ermutigen, ihre Kinder schon frühzeitig in den Kindergarten zu schicken.



Bezug:

*Ministerium für
Frauen, Jugend,
Familie und Ge-
sundheit des Lan-
des Nordrhein-
Westfalen, 40190
Düsseldorf*

Mail:

info@mail.mfjfg.nrw.de

Werdohl gegen rechts

Als der Werdohler Ausländerbeirat am 12. März 2000 das erste Mal gewählt wurde, kamen 25 Prozent der wahlberechtigten Migranten der Kleinstadt bei Iserlohn an die Urnen. Eine hohe Beteiligung und eine gute Voraussetzung motiviert und engagiert an die neuen Aufgaben heran zu gehen. Und so machte sich das frisch gewählte Team unter dem Vorsitzenden Ali Akdeniz an die Arbeit.

Und die kann sich nach gerade einem Jahr sehen lassen. Das Info-Blatt „Werdohl International“ erschien bereits zwei Mal. Darin informiert der Beirat die Migranten und die Mehrheitsbevölkerung über seine Tätigkeit, aber auch über allgemeine Aspekte des gleichberechtigten Zusammenlebens. So wurde in der ersten Ausgabe, die im Dezember 2000 erschien, über die religiösen Höhepunkte des Jahres im Islam wie im Christentum – der Fastenmonat Ramazan und Weihnachten berichtet.

Der Vorsitzende Ali Akdeniz erhofft sich mehr Verständnis füreinander, wenn man die Gebräuche und Traditionen des jeweils anderen besser kennt. Eine ebenso schwierige wie notwendige Aufgabe. Hat Werdohl doch bei gerade einmal 22.300 Einwohnern einen Migrantenanteil von 21,2 Prozent (4.728 Einwohner) – der höchste in NRW. Jeder fünfte Werdohler Einwohner hat also einen Migrationshintergrund.

Um eventuelle Spannungen frühzeitig zu erkennen und Probleme rechtzeitig angehen zu können, organisierte der Beirat im vergangenen April ein großes Sportfest unter dem Motto „Werdohl gegen rechts“. Der Höhepunkt des gut besuchten Sportfestes war ein Seniorenfußballspiel, das die stellvertretende Beiratsvorsitzende Nuray Erdogan als Schiedsrichterin begleitete.

Projekt Merhaba

Bildungsprogramm als Reise in unentdeckte Subkultur Deutschlands Von Filiz Elüstü und Engin Sakal

Seit dem Frühjahr 1998 findet an der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg regelmäßig eine für die Bildungslandschaft eher untypische Veranstaltungsreihe statt. Das Projekt Merhaba, ein offenes Bildungsprogramm für türkische Oberstufenschülerinnen und Studentinnen. Das einzigartige und besondere am Projekt Merhaba ist, dass dieses Forum zusammen mit der Zielgruppe entwickelt wurde. Der Projektantrag war einer von 14 Anträgen, die aus 350 Vorschlägen vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ausgewählt wurde. Das Ministerium förderte Merhaba bis Ende 2000.

Der Schwerpunkt von Merhaba ist die Entwicklung von Modellseminaren um jungen türkische Akademikerinnen Orientierungshilfen zu geben. Dabei werden den Teilnehmerinnen Möglichkeiten zur offenen Diskussion mit türkisch-deutschen Unternehmern, Wissenschaftlern, Autoren und anderen Personen des türkischen öffentlichen Lebens in Deutschland geboten.

Die Themen sind vielfältig und richtungsweisend für die Berufs- und Karriereplanung. Es werden kulturelle, politische und soziale Themen genauso angesprochen wie religiöse und literarische. Weitere Schwerpunkte bilden die Formen türkischer Kultur, wie türkische Literatur in deutscher Sprache, Jugendszene und türkische Popmusik in Deutschland.

Merhaba fördert und unterstützt das Selbstbewusstsein junger türkischer Oberstufenschülerinnen und Studentinnen. Es räumt mit dem Klischee der „Gastarbeitergesellschaft“ auf und legt die Realität nahe.

Aus diesem Grund ist das Fortbestehen von Merhaba für die Gesellschaft von enormer Bedeutung. Nach der Förderungsphase durch das Ministerium wird Merhaba mit Unterstützung von Sponsoren weitergeführt. Weitere Sponsoren sind willkommen.

Ein türkisches Sprichwort sagt: „Bildest Du einen Mann aus, hast du eine Person ausgebildet. Bildest du eine Frau aus, hast du eine Familie, ja eine ganze Gesellschaft ausgebildet“. Es gilt für uns alle, diesen Inhalt umzusetzen.

Information:

Projektleiterin: Filiz Elüstü
Thomas-Morus-Akademie Bensberg
Overather Straße 51-53
51429 Bergisch Gladbach
Telefon: 02204/408472
Telefax: 02204/408420
e-mail: akademie@tma-bensberg.de
<http://www.tma-bensberg.de>

Rassismus erkennen – Farbe bekennen

Interkulturelle Woche vom 23. – 29. September 2001

Unter dem Motto: „Rassismus erkennen – Farbe bekennen“ wird die interkulturelle Woche stattfinden. Es sind bereits Materialien, Plakate und Postkarten erarbeitet worden, die sowohl zur Vorbereitung der „Woche“ dienen, wie auch in Schule und Weiterbildungseinrichtungen eingesetzt werden können.

Infos: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt
Tel.: 069/ 23 06 05, Fax: 069/ 23 06 50

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: LAGA-NRW@t-online.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ercan Atay
Susana dos Santos Herrmann,
(redaktionelle Koordination),
Tayfun Keltek, Franz Paszek,
Siamak Pourbahri, Engin Sakal
Enver Şen.

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:
Forschungsgruppe FOKUS, Köln
Druck: Druckerei Kaul, Köln